

Kritik an der Migros

Die Migros gewährt nicht allen Angestellten Lohnerhöhungen.

Im Dezember schoss Migros-Chef Herbert Bolliger scharf gegen Aldi und Lidl. Die neuen Konkurrenten auf dem Schweizer Detailhandelsmarkt seien Lohndrücker, während in der Migros jedes Jahr über den Lohn verhandelt werde. Auch für das Jahr 2010 wurde den Angestellten immerhin 0,75 Prozent mehr versprochen.

Nun hat der Sonntagsblick berichtet, dass längst nicht alle Migros-Beschäftigten im laufenden Jahr in den Genuss einer Lohnerhöhung kommen. Konkret: Die zehn Prozent der 84 000 Angestellten, die in den Bereichen Gastro, Metzgerei, Klubschule und Logistik beschäftigt sind, gehen dieses Jahr erstmals leer aus.

Diesen Sachverhalt bestätigt auch Barbara Gisi, Leiterin Angestelltenpolitik beim KV Schweiz: «Das stimmt, es ist vorgesehen, dass die Löhne in diesen Nebenbetrieben nur noch zweijährlich verhan-

delt werden.» Ausserdem gelten für diese Angestellten auch längere Arbeitszeiten als für die Angestellten im Verkauf.

Diese sogenannten Branchenregelungen haben die Grundlage im GAV. Bei deren Verhandlung stellte die Migros die Sozialpartner vor die Alternative, entweder gewisse Zugeständnisse bei den Angestellten der Regiebetriebe zu machen oder diese ganz aus dem Vertrag auszuklamern. «Wir haben uns damals für die erste Variante als kleineres Übel entschieden», sagt Barbara Gisi.

Auch wenn ihr nicht gefällt, dass nun von diesen Ausnahmeregelungen Gebrauch gemacht wird, findet sie es falsch, einseitig die Migros anzuprangern. «Sie ist das einzige Unternehmen, das diese Angestelltengruppen überhaupt dem GAV unterstellt.» Insofern habe die Migros recht, wenn sie behauptete, dadurch gleich lange Spiesse mit anderen Detailhändlern schaffen zu wollen. **ibo**

Wohin mit alten Handys?

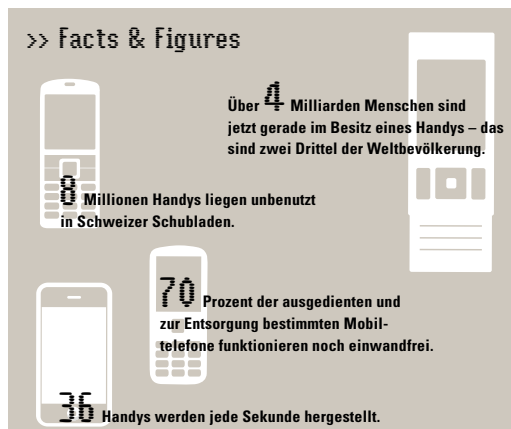
Weil so viele Handys gekauft und nach kurzer Zeit durch neue ersetzt werden, ist Europa mit der zunehmenden Menge von Elektroschrott überfordert.

Viele europäische Länder exportieren ihr Müllproblem deshalb nach China oder Indien. Laut der Erklärung von Bern (EvB) werden 80 Prozent des Elektroschrotts in den Fernen Osten exportiert. Dort nehmen Arbeiter/innen die alten Geräte auseinander, um Metalle und Kunststoffe zurückzugewinnen. Sie verbrennen die Kabelisolationen, um Kupfer freizulegen, oder erhitzen die Leiterplatten über offenem Feuer, um Gold zu gewinnen. Dabei entste-

hen gefährliche Dämpfe. Die noch ungelösten Gesundheits- und Umweltprobleme sollten laut EvB schon bei der Herstellung der Handys berücksichtigt werden.

Die EvB empfiehlt: Handy...

- > möglichst lange brauchen und weitergeben, wenn es noch funktioniert;
- > reparieren lassen;
- > in einem Swisscom-Shop entsorgen und damit Entwicklungsprojekte unterstützen;
- > kostenlos bei einem Hersteller oder einer offiziellen Abgabestelle deponieren (Quelle EvB). **pd**



Was lange währt, wird endlich gut

Von Mario Fehr

Lebenslanges Lernen muss finanziell begünstigt und nicht bestraft werden. Seit vielen Jahren setzt sich der KV Schweiz deshalb für bessere finanzielle und steuerliche Rahmenbedingungen bei der beruflichen Weiterbildung ein. Wir fordern insbesondere, dass Weiterbildungskosten von den Steuern abgezogen werden können. Dies mit Erfolg: Der Kanton Zürich wirft jetzt seine bisherige, bildungsfeindliche Praxis bei den Steuerabzügen über Bord. Der wirtschafts- und bildungsstärkste Kanton der Schweiz setzt damit einen Schlusstrich unter die steuerliche Behinderung des lebenslangen Lernens. Vorteile und Rechtssicherheit bringt die Neuregelung vor allem für den gesamten Bereich der höheren Berufsbildung wie bei eidgenössischen Fachausweisen und Diplomen. Diese Bildungsgänge werden neu als abzugsfähige Weiterbildungskosten eingestuft. Damit wird der Benachteiligung von berufsbegleitenden, vorwiegend privat finanzierten Bildungsgängen ein Ende gesetzt.

Über all das habe ich mich sehr gefreut. Nicht zuletzt deshalb, weil damit das jahrelange Engagement unseres Verbandes belohnt worden ist. Jetzt müssen wir weiterkämpfen. Damit auch all jene Kantone nachziehen, die sich bis heute einer bildungsfreundlichen Praxis bei den Steuerabzügen verweigert haben. Und es braucht zusätzliche Massnahmen im Weiterbildungsbereich: Ein eidgenössisches Weiterbildungsgesetz ist überfällig. Mehr Bildungsurlaube und die Einführung von Bildungsgutscheinen sind ein Gebot der Stunde. Wir brauchen eine eigentliche Bildungsreform. Nur so werden wir international mithalten können. Wir vom KV Schweiz bleiben dran.

Mario Fehr ist Nationalrat und Präsident des KV Schweiz.